



**Der Stillstand beim Bürokratieabbau in der EU ist politisch gewollt. Verantwortlich ist eine EU-Führung, die Regulierung mit Gestaltungsmacht verwechselt und Kontrolle mit Fortschritt.**

- Die Hauptverantwortung trägt die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen. Unter ihrer Führung ist die regulatorische Dichte weiter gestiegen – trotz gegenteiliger Versprechen. Lieferkettengesetze, ESG-Pflichten, Energieeingriffe und immer neue Berichtssysteme haben Unternehmen zusätzlich gefesselt. Der behauptete Bürokratieabbau existiert allenfalls in Pressemitteilungen.

- Das eigentliche Problem ist ein fehlender Wille zum Machtverzicht. Regulierung schafft Zuständigkeiten, Budgets und Posten. Deregulierung würde all das infrage stellen. Deshalb werden Regeln nicht gestrichen, sondern umetikettiert, digitalisiert oder in neue Programme verpackt. Bürokratieabbau wird simuliert, während die Last real wächst.

- Nationale Regierungen spielen ein doppeltes Spiel: Zustimmung hinter verschlossenen Türen, Empörung vor heimischem Publikum.

- Diese Politik untergräbt Vertrauen. Wer Freiheit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit verspricht, aber Überregulierung liefert, beschädigt die Legitimation der europäischen Institutionen.

- Für einen Kurswechsel müsste man akzeptieren, dass weniger Regulierung weniger politische Kontrolle bedeutet. Genau dazu fehlt bislang der Mut.